

Imamoglu inhaftiert: X sperrt Konto - ein Zeichen der Zensur?

Ekrem Imamoglu, Istanbuls Bürgermeister, verliert in der Türkei Zugang zu seinem Social-Media-Konto aufgrund staatsrechtlicher Vorgaben.



Istanbul, Türkei - Der inhaftierte Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu sieht sich mit zunehmenden Einschränkungen seines Zugangs zu sozialen Medien konfrontiert. Der Kurznachrichtendienst X hat, wie **lvz.de** berichtet, den Zugang zu seinem Konto in der Türkei gesperrt. Die Maßnahme basiert auf einem Rechtssersuchen der türkischen Behörden, die Bedenken hinsichtlich nationaler Sicherheit und öffentlicher Ordnung äußerten.

Trotz der Sperrung bleibt Imamoglus Konto außerhalb der Türkei zugänglich, wo er 9,7 Millionen Follower hat. Laut X wurde das Konto „als Reaktion auf eine rechtliche Forderung unterdrückt“, was auf die angespannte politische Lage in der Türkei hinweist.

Elon Musk, der Eigentümer von X, hat in der Vergangenheit derartige Auflagen als Zensur kritisiert.

Politischer Hintergrund und Inhaftierung

Ekrem Imamoglu wurde am 19. März wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert. Neben den Korruptionsvorwürfen wird ihm auch Terrorismus unterstellt, was seine rechtliche Situation weiter kompliziert. Während seiner Haft wurde er von der Republikanischen Volkspartei (CHP) als Präsidentschaftskandidat nominiert. Experten wie Yasar Aydin bezeichnen die Inhaftierung Imamoglus als politisch motiviert und im Wesentlichen als Versuch, die Opposition zu spalten und einzuschüchtern.

Die Vorwürfe, mit denen Imamoglu konfrontiert ist, könnten ihn von einer möglichen Präsidentschaftskandidatur ausschließen, falls er zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wird. Dies ist besonders besorgniserregend, da der Prozess auch die Aberkennung seines Hochschulabschlusses zur Folge hatte, was ebenfalls eine Voraussetzung für die Kandidatur darstellt.

Demonstrationen und Meinungsfreiheit

Die Verhaftung Imamoglus hat landesweite Proteste ausgelöst, die gegen die Einschränkungen der Demokratie und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Türkei gerichtet sind. Währenddessen wird die Pressefreiheit von der Regierung stark eingeschränkt; 95% der Medien stehen unter direkter oder indirekter Kontrolle der Regierung, was zu einer hohen Zahl an inhaftierten Journalisten geführt hat.

Die politische Repression unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der seit 21 Jahren im Amt ist, hat sich zunehmend verstärkt. Unter seiner Führung wurde die Meinungsfreiheit erheblich beschnitten und es besteht die Sorge, dass die Türkei sich in eine Autokratie wandeln könnte. Aydin warnt davor, dass die

Oppositionspartei CHP, die etwa 60% der Kommunen verwaltet, einer ständigen Bedrohung ausgesetzt ist. Dennoch bestehen die Befürchtungen, dass die kommenden Wahlen, auch wenn sie nicht fair sind, echte politische Veränderungen hervorrufen könnten.

Die Kontroversen um die Sperrung von Imamoglus Konto und seine Inhaftierung verdeutlichen die prekäre Lage der politischen Freiheit in der Türkei unter Erdoğan. Die Opposition kämpft nicht nur um die politische Macht, sondern auch um das Recht auf freie Meinungsäußerung in einem immer repressiveren politischen Klima. Es wird erwartet, dass Imamoglus Anwälte gegen die Kontosperrung Berufung einlegen werden, was erneut die Frage der Meinungsfreiheit am Beispiel von sozialen Medien in der Türkei aufwirft.

Details	
Vorfall	Korruption, Terrorismus
Ort	Istanbul, Türkei
Festnahmen	1
Quellen	• www.lvz.de • www.zdf.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de